

ten. "Wenn sogar die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und das im Aufbau befindliche Anwaltsystem verschmutzt (*wuran*) sind und kein Vertrauen in der Bevölkerung genießen, dann sind es nur leere Worte, wenn wir über die Errichtung einer auf dem Prinzip des fairen Wettbewerbs ruhenden sozialistischen Marktwirtschaftsordnung reden."

Für eine Aufwertung der Gerichte macht sich nicht nur die *Zeitung des Rechtswesens* stark. Auch die neugegründeten Verbände der chinesischen Richter (*Zhongguo faguan xiehui*) sowie der Richterinnen (*nü faguan xiehui*) könnten zur Stärkung des institutionellen Gewichts der Gerichtsbarkeit beitragen. Den Vorsitz des Richterverbandes übernahm der Präsident des Obersten Volksgerichtshofs, Ren Jianxin, der Mitglied des ZK-Sekretariats der Kommunistischen Partei ist und sich in letzter Zeit als einer der führenden Köpfe des chinesischen Sicherheits- und Justiz-Establishments profiliert hat. Nach offiziellen Angaben gibt es in der VR China zur Zeit 156.000 hauptamtliche Richter, darunter 23.000 Frauen. Mehr als 40.000 Richterinnen und Richter sollen in den nächsten Jahren hinzukommen. (XNA, 8.5.94; Xinhua, 25.5.94, nach SWB, 13.6.94)

Außerdem ist zur Zeit ein Entwurf für ein Richtergesetz in Arbeit, der allerdings nicht so weit geht wie die in der *Zeitung des Rechtswesens* formulierten Forderungen: Richterliche Unabhängigkeit wird es dem Text des Entwurfs zufolge nicht geben. Richter sollen Funktionäre bleiben, ihre Rechtsposition und ihre Kompetenzen aber gestärkt werden.

Auch ein Gesetz, das die Tätigkeit privater Anwaltskanzleien regeln soll, steht auf der Agenda für das kommende Jahr. Die Widerstände in der Beijing Regierung scheinen hier aber beträchtlich zu sein. Nach offiziellen Angaben gab es 1993 in China 30.400 Vollzeit-Anwälte (eine Zunahme gegenüber 1992 von rund 37 Prozent) und 5.100 Anwaltskanzleien (ein Wachstum von 23 Prozent), von denen allerdings nur rund 500 als weitgehend unabhängig von staatlicher Einflusnahme eingestuft werden können. (Xinhua, 6.4. bzw. 5.5.94, nach SWB, 7.5. bzw. 10.5.94; SCMP, 9.5.94) -hei-

Kultur

*(8)

75 Jahre 4.Mai-Bewegung: Der verlorene Geist des 4.Mai

In diesem Jahr jährte sich die 4.Mai-Bewegung, die große geistig-kulturelle Revolution der Jahre um 1919, zum 75. Male. Ein solches Jubiläum hätte von seiten der politischen Führung Chinas große Aufmerksamkeit verdient, indem man die Bewegung auf Veranstaltungen und in den Medien breit gewürdigt hätte. Schließlich sieht die KP Chinas ihre Gründung als unmittelbaren Ausfluß der 4.Mai-Bewegung. Gerade dieser Umstand hat allerdings auch dazu geführt, daß die Partei die Epoche des 4.Mai gänzlich für ihre Zwecke vereinnahmte und somit eine sachliche Bewertung der damaligen Ereignisse und Entwicklungen verhindert wurde. Dennoch ist die Partei an den vergangenen Jahrestagen des 4.Mai in der Regel zumindest auf historische Teilaspekte der damaligen Zeit eingegangen, wobei immer das gerade für ihre jeweilige Politik Passende ausgewählt wurde. So gibt die jeweilige offizielle und sich im Laufe der Jahre ständig wandelnde Interpretation des 4.Mai nicht nur Aufschluß über die Sicht des historischen Ereignisses, sondern immer zugleich auch über die jeweilige politische Linie der Partei. (Vgl. dazu den Artikel "Die Manipulation des Geistes des 4.Mai durch die KPCh" (chin.), *Dongxiang* (Hongkong), 1994/5, S.39-41.)

Als Belegstücke für die sich wandelnde Interpretation und für das, was der Partei jeweils wichtig erscheint (bzw. wofür die 4.Mai-Bewegung jeweils instrumentalisiert wird), können die Leitartikel dienen, mit denen die *Volkszeitung* in schöner Regelmäßigkeit alljährlich am 4.Mai aufwartet. Der Leitartikel dieses Jahres (vgl. RMRB, 4.5.94) ruft insofern Erstaunen hervor, als er auf die Zeit vor 75 Jahren überhaupt nicht eingeht, sondern ganz auf die Zukunft gerichtet ist. Bemerkenswert ist auch, daß er sich ausschließlich an die Jugend richtet. Dies liegt zwar nahe, weil der 4.Mai in der Volksrepublik zum Tag der Jugend gemacht wurde, im allgemeinen aber wurden in den letzten Jahren haupt-

sächlich die Intellektuellen angesprochen, die eigentliche Trägergruppe der Bewegung des 4.Mai.

Der jüngste Leitartikel trägt die Überschrift "Die historische Aufgabe an der Schwelle zum [nächsten] Jahrhundert übernehmen". Gäbe es nicht den Untertitel "Zum Gedenken an den 75.Jahrestag der 4.Mai-Bewegung", würde man ihn nicht als einen solchen Gedenkartikel ansehen. Er beginnt mit der Feststellung, daß in nur sechs Jahren die Schwelle zum 21.Jh. übertreten werde. In diesem historischen Augenblick ruhten Zukunft und Hoffnung des Landes auf der Jugend; von deren Haltung und geistigem Zustand hänge die Zukunft der chinesischen Nation im nächsten Jahrhundert ab. Im folgenden werden der Jugend der ideelle Rahmen und Weg vorgegeben, d.h. die Erwartungen der Partei an die Jugend. Als übergeordnetes Ziel für das 21.Jh. wird der "Aufschwung Chinas" (*zhengxing Zhonghua*) hingestellt, dem sich die Jugend mit ganzer Kraft zu widmen habe. Gefordert werden zu diesem Zweck große Ideale, hartes Studium, harte Aufbauarbeit, hohe Moral und Verantwortungsbewußtsein. Lediglich in diesem Zusammenhang wird das historische Datum erwähnt, allerdings äußerst distanziert, wenn es heißt, die Jugend solle "die glorreiche Tradition des 4.Mai ererben und weiterentwickeln". Von dem historischen Ereignis selbst ist nichts mehr übriggeblieben.

Statt dessen wird die Notwendigkeit betont, daß sich die Jugend auf Deng Xiaopings "Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung" stütze und unerschütterlich hundert Jahre an der Grundlinie der Partei festhalte. Es sei von weitreichender historischer Bedeutung für die Zukunft und das Schicksal Chinas, die junge Generation in der Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung zu erziehen. Als konkrete Aufgaben werden die Anhebung der Qualität der Jugend und die Ausbildung einer großen Menge hervorragender Fachleute genannt, denn im internationalen Wettbewerb komme es auf wirtschaftliche Stärke und umfassende nationale Stärke an, und diese würden ihrerseits durch den Wettbewerb in Wissenschaft und Technik und damit der jeweiligen Fachleute entschieden. Neben der Aneignung von Kenntnissen in Wissenschaft und Technik und in der "sozialistischen

Marktwirtschaft", also der Modernisierung förderlichen Kenntnissen, wird von der Jugend verlangt, daß sie die Tugenden der revolutionären Tradition der KPCh übernimmt, d.h. sich in der Praxis bewährt, sich mit den Volksmassen verbindet, die "glorreiche Tradition" der älteren Generation ererbt, an die Basis und in schwierige Orte geht, also an Orte, wo sie am dringendsten für die Reform und den Aufbau gebraucht werden.

Auch im nächsten Jahrhundert bleibe es eine wichtige Aufgabe, Menschen mit noble Geist heranzuziehen und das Niveau der sozialistisch-geistigen Zivilisation der Jugend anzuheben. Dabei sei es nötig, die Erziehung in Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus herauszustellen, um der Jugend "das richtige Weltbild, die richtige Lebensauffassung und die richtigen Wertvorstellungen" zu vermitteln, ihre nationale Selbstachtung und ihr nationales Selbstvertrauen zu stärken und sie vor der Zersetzung durch dekadentes Gedankengut wie Anbetung des Geldes, Hedonismus und extremer Individualismus zu schützen.

Zum Schluß wird die Jugend noch einmal aufgerufen, den Blick nach vorn zu richten, fleißig zu lernen und hart zu arbeiten sowie sich mit ganzer Kraft den von der Partei für vorrangig erklärten Aufgaben zu widmen: die Reform vertiefen, die Öffnung erweitern, die Entwicklung vorantreiben und Stabilität bewahren.

Mit diesem Leitartikel hat sich die Partei weitestgehend von der 4.Mai-Bewegung entfernt. Das Vermeiden jeglichen Bezugs auf das historische Ereignis ist Ausdruck der Angst vor erneuter Forderung nach Demokratie, die zusammen mit der Forderung nach Wissenschaft das wichtigste Ziel der Führer der 4.Mai-Bewegung darstellte. Es dokumentiert zugleich die Entschlossenheit der Partei, keine Abweichungen von der Parteilinie zu dulden, also keine Liberalisierung in Richtung demokratischer Reformen zuzulassen. Wie anders war die Stimmung vor fünf Jahren, als der Gedenktag mitten in die studentische Demokratiebewegung fiel, die dann einen Monat später blutig unterdrückt wurde. Damals hatten sich spontan über eine Million Studenten und Beijinger Bürger auf dem Platz des Himmlischen Friedens zum Gedenken an die 4.Mai-Bewegung versammelt und die Forderungen der

Studentenführer nach Demokratie in bewußter Anknüpfung an das historische Vorbild unterstützt (vgl. *Dongxiang*, 1994/5, S.40-41). Alle waren von einer ähnlichen Aufbruchstimmung erfüllt wie die Intellektuellen der Jahre um 1919, und selbst in der offiziellen, damals von Zhao Ziyang gehaltenen Rede war noch etwas von dieser Stimmung zu spüren.

Heute hingegen scheint die Erinnerung an den 4.Mai - zumindest nach außen - getilgt zu sein. Selbst die Wissenschaft scheint die Auseinandersetzung mit der Epoche des 4.Mai zu scheuen. In Shanghai fand zwar eine Konferenz von Sozialwissenschaftlern zum Thema "Der Geist des 4.Mai und die Modernisierung" statt, doch die behandelten Themenkomplexe lassen darauf schließen, daß auch hier der Begriff "Geist des 4.Mai" nur eine leere Floskel darstellte, die mit der historischen Realität wenig zu tun hat, und daß die Tagung zudem ganzundgar auf Gegenwart und Zukunft gerichtet war. Bei der Thematik, wie der "Geist des 4.Mai" zu ererben sei, ging es vor allem um das heutige Problem, ein zur sozialistischen Marktwirtschaft passendes Wertesystem zu schaffen. Weitere Fragestellungen betrafen das Problem, wie man beim heutigen kulturellen Aufbau dem globalen Ansturm der westlichen Kultur begegnen solle, sowie das Verhältnis zwischen Tradition und Modernisierung und zwischen Ordnung und Demokratie. (GMRB, 22.5.94, S.3) Die Themen implizieren eine tendenzielle Abgrenzung von westlicher Kultur und Demokratie. Durch das Begriffspaar "Ordnung und Demokratie" soll letztere sogar die Assoziation von Chaos wecken. Im übrigen ist die parteikonforme Thematik ein Indiz dafür, daß sich die Veranstalter - ebenso wie die Mehrheit der Intellektuellen heute - an die Vorgaben der Partei gehalten haben. Tatsächlich haben die Intellektuellen insgesamt heute aufgehört, subjektiv eine eigenständige Rolle zu spielen.

Auch für die Partei scheinen sie an Bedeutung verloren zu haben - anders als in den ersten Jahren der Reformperiode, in denen sie von der Partei noch umworben waren. Nicht, daß die Intellektuellen von offizieller Seite diskriminiert würden, aber sie stehen nicht mehr im Mittelpunkt des Interesses der Partei. In ihrem Bestreben, China im 21.Jh. eine führende Stellung in der Welt zu sichern und der Bevöl-

kerung die Hoffnung auf einen Wiederaufstieg Chinas im nächsten Jahrhundert zu vermitteln, baut die KP heute auf die Jugend. Diese soll im Sinne der Partei für die Aufgaben des neuen Jahrhunderts vorbereitet werden. Herangezogen werden soll eine fachlich gut ausgebildete, aber angepaßte Jugend, die patriotisch und loyal zur Partei, selbstlos und opferbereit ist. Als Verkörperung der von der Partei geforderten Tugenden - Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus, Hilfsbereitschaft, Selbstlosigkeit und Einsatzbereitschaft für die gerechte Sache - gelten derzeit die "Freiwilligenkorps der Jugend", die von der Jugendliga für zivile Dienste für das Volk organisiert werden. Die sog. "freiwilligen Hilstrupps werden in armen, abgelegenen und unterentwickelten Gebieten eingesetzt (z.B. im Kampf gegen das Analfabetentum, bei technischen Projekten, in der medizinischen Versorgung oder bei der Aufforstung). Es waren denn auch diese Freiwilligenkorps, zu deren Ehren die Jugendliga ihre diesjährige Feierstunde am 4.Mai veranstaltete. Auch diese war ihres eigentlichen Sinnes entleert und ausschließlich der Indoktrinierung der Jugend mit sozialistischer Moral und den Erwartungen, die die Partei mit Blick auf das 21.Jh. an die Jugend stellt, gewidmet (vgl. RMRB, 5.5.94). -st-

*(9)

Lokale Akademien der Wissenschaften

In China gibt es derzeit neben der nationalen Akademie der Wissenschaften zwölf Akademien der Wissenschaften auf Provinzebene, und zwar in folgenden Provinzen, provinzfremen Städten und autonomen Regionen: Shandong, Guangdong, Guangxi, Shanghai, Beijing, Jiangxi, Gansu, Hebei, Henan, Shaanxi, Guizhou und Heilongjiang. Diese zwölf Akademien verfügen über 129 Institutionen für Forschung und Entwicklung und beschäftigen gut 29.000 Personen, darunter über 19.000 Fachkräfte. Ihre Bibliotheken umfassen 1,28 Mio. Bände und nahezu 10.000 wissenschaftlich-technische Periodika. Die lokalen Akademien sind seit Ende der siebziger Jahre entstanden und haben sich schnell zu eigenständigen Forschungseinrichtungen entwickelt. In den letzten zehn Jahren, so heißt es, hätten sie schrittweise die Fesseln der Planwirtschaft abgeworfen und sich dem neuen wissenschaftlich-technischen System und Mechanismus

der sozialistischen Marktwirtschaft angepaßt. In diesem Zeitraum hätten sie zusammen 4.941 wissenschaftlich-technische Ergebnisse erzielt, von denen 994 auf nationaler Ebene ausgezeichnet und 250 im In- und Ausland patentiert worden seien. (RMRB, 25.5.94) Anpassung an die Bedingungen der sozialistischen Marktwirtschaft bedeutet, daß die Akademien ihre Forschungsergebnisse in Zusammenarbeit mit örtlichen Unternehmen möglichst rasch vermarkten. Da die Akademien nur teilweise von den jeweiligen Provinzregierungen unterstützt werden (hauptsächlich bei den Personalkosten), sind sie darauf angewiesen, F&E-Mittel aus den Gewinnen der Vermarktung ihrer Forschungsergebnisse zu bestreiten. Auf diese Weise ist die offiziell geforderte anwendungsorientierte Forschung garantiert. -st-

*(10)

Staatliche und lokale Mittelzuwendung an ausgewählte Universitäten

Ein Novum im chinesischen Bildungswesen ist, daß mit einer Mischfinanzierung einiger staatlicher Schwerpunktuniversitäten begonnen wird. War bisher die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln bei staatlichen und lokalen Hochschulen streng getrennt, so hat die Staatliche Erziehungskommission kürzlich bekanntgegeben, daß sie sich die Kosten für einige ausgewählte Universitäten ab diesem Jahr mit den jeweiligen örtlichen Regierungen teilen werde. Für die Neuregelung der Finanzierung wurden die Universität Xiamen und drei Shanghaier Universitäten ausgewählt: die Fudan- und Jiaotong-Universität sowie die Shanghaier Fremdsprachenhochschule. Die örtlichen Regierungen verpflichten sich, diese Universitäten jährlich mit einem bestimmten Betrag zu unterstützen. Die Stadtverwaltung von Xiamen beispielsweise stellt in den nächsten vier Jahren 10 Mio. Yuan pro Jahr zur Verfügung. Den Rest steuert die Zentralregierung bei. Für ihren Beitrag erhalten die Lokalregierungen mehr Mitspracherecht an den betr. Universitäten. Die Neuerung soll den Staatshaushalt angesichts steigender Kosten entlasten. (XNA, 24.5.94)

In Shanghai dient das finanzielle Engagement der Stadtregierung offensichtlich dazu, ihren Einfluß auf den Ausbau der drei Universitäten zu verstärken. Bislang war allein die Zentral-

regierung für die drei Bildungsinstitutionen zuständig. Jetzt hat die Stadtregierung mit der Staatlichen Erziehungskommission ein Abkommen über den "gemeinsamen Ausbau" der drei Universitäten geschlossen. In der Praxis bedeutet dies, daß die drei Hochschulen organisatorisch weiterhin der Staatlichen Erziehungskommission unterstehen, die Leitung aber sowohl bei dieser als auch bei der Stadt Shanghai liegt. An den staatlichen Zuwendungen wird sich nichts ändern, und sie werden auch wie bei den anderen staatlichen Hochschulen entsprechend erhöht. Der Beitrag der Shanghaier Finanzbehörde besteht darin, den "gemeinsamen Ausbau" der drei Universitäten mit einer bestimmten Summe zu bezuschussen. Außerdem kann die Stadt nun hochqualifizierten Fachleuten, die aus dem In- und Ausland an diese Universitäten kommen, besondere Vergünstigungen gewähren, wie sie Fachleuten an den örtlichen Hochschulen auch zuteil werden.

Die Zusammenarbeit mit der Staatlichen Erziehungskommission besagt ferner, daß die Stadt nun entsprechend den Anforderungen des wirtschaftlichen Aufbaus und der gesellschaftlichen Entwicklung Shanghais sowie entsprechend den Notwendigkeiten der Reform und Entwicklung der Lehranstalten jedes Jahr über einige wichtige Projekte für den Ausbau der drei Universitäten mitbestimmen kann. Außerdem kann Shanghai allmählich die Zahl der Studienplätze erweitern und den Anteil der Absolventen, die in Shanghai bleiben, erhöhen. Durch die Unterstützung der drei Universitäten beteiligt sich der Staat an High-Tech-Entwicklungsprojekten der Stadt Shanghai, wie z.B. Kraftfahrzeug-, Nachrichten-, Computer- und Biotechnik. Bei der Ausarbeitung und Festlegung der Pläne für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung kann die Stadt künftig die Entwicklung der drei Universitäten in ihre Gesamtplanung einbeziehen. (Vgl. RMRB, 14.5.94)

Shanghai muß sich fortan zwar an der Finanzierung der drei staatlichen Lehranstalten beteiligen, doch die Vorteile liegen auf der Hand: Künftig kann die Stadt in weitaus stärkerem Maße, als dies bisher möglich war, seinen Einfluß auf die drei Universitäten geltend machen und seine eigenen Interessen verfolgen. Mit der Einführung der Mischfinanzierung aus öffentlichen

Mitteln der Zentral- und Lokalregierung dürfte ein wichtiger Schritt zur Aufweichung der starren Hochschulstruktur getan sein. -st-

*(11)

Universitätsneugründung in Shanghai

In Shanghai wurde Ende Mai 1994 eine neue Universität Shanghai (*Shanghai daxue*) gegründet. Die Gründung ist durch den Zusammenschluß von vier bestehenden tertiären Bildungseinrichtungen zustande gekommen: die Shanghaier Industriehochschule, die Wissenschaftlich-technische Universität Shanghai, die Universität Shanghai und die Wissenschaftlich-technische Fachhochschule. Die neugegründete Universität ist eine umfassende tertiäre Bildungsinstitution mit sieben Fakultäten, nämlich Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Management, Geisteswissenschaften, Kunst, Rechtswissenschaft, Handel. Rektor der neuen Universität wurde Prof. Qian Weichang, Akademiemitglied der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und stellvertr. Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Das gesamte Personal der Universität umfaßt über 7.700 Angestellte und Arbeiter, darunter 2 Akademiemitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, 19 Professoren, die Doktorprüfungen abnehmen können, und über 1000 Professoren und Dozenten. (RMRB, 28.5.94)

An der neuen Einrichtung kann man in einem Fach (Festkörperphysik) Post-Doc-Studien betreiben, in 9 Fächern den Doktorgrad und in 37 Fächern den Magister erwerben; ein Grundstudium wird in 66 Fächern angeboten (jeweils im einzelnen aufgelistet in einer ganzseitigen Anzeige in GMRB, 26.5.94). Gegenwärtig studieren an der Universität Shanghai 16.883 Studenten, darunter 494 Postgraduierte. Was die wissenschaftliche Kapazität angeht, so verfügt die Universität schon jetzt über 12 Fächer, die im Shanghaier Hochschulsystem als Schwerpunktfächer eingestuft werden, ferner über 12 der Stadt bzw. einer Behörde unterstehende Forschungsinstitute und 3 Schwerpunktlabors auf Stadtebene; diese Fächer, Institute und Labors stellen den Grundstock für die fachliche Entwicklung der Universität dar und spielen eine wichtige Rolle bei der Anhebung der Qualität der Lehre und des wissen-

schaftlichen Niveaus. Die Universität verfügt ferner über eine Entwicklungszone auf Staatsebene für Produkte in Hochtechnologie und neuen Technologien. Sie unterhält Kooperationsabkommen mit 56 ausländischen Universitäten und beschäftigt eine ganze Reihe namhafter ausländischer Professoren. Ihre Bibliothek umfaßt über 3 Mio. Bücher und hat über 6.000 in- und ausländische Zeitschriften. (Ebd.)

Die Universität Shanghai arbeitet eng mit der Wirtschaft zusammen und will eine wichtige Rolle beim Ausbau Shanghais zu einem internationalen Wirtschafts-, Handels- und Finanzzentrum spielen (ebd.). Es geht ihr darum, die für die Verwirklichung dieses Ziels benötigten Fachleute auszubilden. Diesem Zweck dient auch die Flexibilisierung des Studiums: Den Studenten wird eine breitere Ausbildung und eine Berücksichtigung ihrer Interessen durch die Möglichkeit geboten, Wahl-, Neben- und Zusatzfächer neben ihrem eigentlichen Fach zu studieren (ebd.). Eine solche Flexibilisierung ist zwar in der Hochschulreform vorgesehen, doch die Regel ist immer noch, daß die Studenten in einem eng begrenzten Fach ausgebildet werden.

Die Zusammenarbeit, geschweige denn der Zusammenschluß von verschiedenen Hochschulen stellt ein gewisses Novum in der chinesischen Hochschullandschaft dar, denn bislang herrschten auch hier wie in anderen Bereichen Abteilungsdenken und mangelnde horizontale Vernetzung vor. Begünstigt wird die neue Tendenz durch die Aussicht, in das "Projekt 211" aufgenommen zu werden (im Rahmen dieses Projekts sollen 100 Schwerpunktuniversitäten und -fächer besonders gefördert werden, vgl. C.a., 1993/7, Ü 15). Zusammenschluß und Kooperation bieten die Möglichkeit, die gemeinsamen Ressourcen zu bündeln und sich somit besser für die Aufnahme in das Projekt zu qualifizieren. Auch aus Beijing wurde jüngst über die Aufnahme enger Kooperationsbeziehungen zwischen fünf Hochschulen berichtet (vgl. XNA, 21.4.94 und GMRB, 27.5.94, S.2). Die Chance, zusätzliche Finanzmittel aus dem "Projekt 211" und damit auch großes Prestige auf sich zu ziehen, dürfte das Hauptmotiv für den Zusammenschluß sein. Zwischen den einzelnen Universitäten hat bereits ein starker Wettkampf um die Aufnahme in das Projekt eingesetzt. Daneben spielt auch die allgemeine

Finanzknappheit eine Rolle, von der alle Hochschulen betroffen sind und die zum Sparen zwingt. Schließlich dürfte es auch im Interesse der jeweiligen Stadt liegen, potente wissenschaftliche Einrichtungen zu haben, die einen Standortvorteil bedeuten. -st-

*(12)

Mangel an männlichen Lehrkräften

Im chinesischen Bildungswesen wird von Fachleuten zunehmend beklagt, daß an den Grundschulen der Anteil männlicher Lehrer immer weiter zurückgeht und der Unterricht dort fast nur noch von Lehrerinnen erteilt wird. Dies wird von chinesischen Pädagogen für eine un gute Entwicklung gehalten, denn für eine gesunde Entwicklung der Schulkinder, so heißt es, sei es nötig, daß sowohl männliche als auch weibliche Lehrer die Kinder unterrichten. In den vergangenen 15 Jahren seien an den pädagogischen Fachmittelschulen etwa 5 Mio. Lehrer ausgebildet worden, davon seien 2,5 Mio., also die Hälfte, junge Männer gewesen, doch von diesen sei nur noch eine geringe Zahl auf ihrem Posten an den Grundschulen zu finden. Als Gründe für diesen Schwund an männlichen Lehrern werden Unzufriedenheit mit der Arbeit an Grundschulen, schlechte Lebensbedingungen und Entlohnung sowie niedrige gesellschaftliche Stellung angegeben. Viele Lehrer lassen sich deshalb in andere Berufe abwerben; mit ihrem relativ guten Bildungshintergrund kommen sie leicht in anderen Bereichen unter, in denen zumeist ein Mangel an mittleren Fachleuten herrscht. Auch an Mittelschulen ist dies gängige Praxis, was wiederum dazu führt, daß viele Grundschullehrer in Mittelschulen überwechseln. Die zuständigen Behörden, so der Vorwurf, sehen diesem Berufs- oder Schulwechsel der Grundschullehrer tatenlos zu. Um dieser ungünstigen Entwicklung entgegenzuwirken, werden folgende Maßnahmen empfohlen:

1. Die zuständigen Behörden sollen dem Problem der Lehrerstruktur verstärkte Aufmerksamkeit widmen und hinsichtlich des Abwanderns männlicher Lehrer Gegenmaßnahmen ergreifen.
2. Das Lehrergesetz ist mit aller Macht zu propagieren und durchzusetzen, d.h. die Stellung und die Gehälter der Lehrer sind anzuheben, ihre Rechte zu schützen, das Ansehen der Lehrer in der Gesellschaft und die Attrak-

tivität des Lehrerberufs zu verbessern, damit insbesondere die Grundschullehrer mit ihrem Beruf zufrieden sind.

3. Die Berufsethik der Lehrer ist zu stärken, damit diese ihren Beruf und die Schüler lieben und sich ganzundgar der Pädagogik widmen.
4. Die Struktur der Sekundarschulbildung muß weiter reguliert werden, d.h. der Umfang der Fachmittelschulbildung muß entsprechend dem Bedarf der Wirtschaft und Gesellschaft geplant werden.
5. Die Kontrolle über die Grundschullehrer muß verstärkt werden (damit sie nicht ihren Beruf wechseln). (Vgl. GMRB, 5.5.94, S.3) -st-

*(13)

Großes Wörterbuch der chinesischen Sprache erschienen

Mit einer Zeremonie in der Großen Halle des Volkes wurde kürzlich unter Anwesenheit Jiang Zemins, Li Pengs und anderer Partei- und Staatsführer die Herausgabe des *Hanyu da cidian* (Großes Wörterbuch der chinesischen Sprache) gefeiert. Jiang Zemin gratulierte und dankte den Herausgebern für ihre Arbeit und würdigte das Werk als großen Beitrag von historischer Bedeutung für den "kulturellen Aufbau des Vaterlandes". China habe eine fünftausendjährige glänzende Kultur, das Chinesische sei eine der wichtigsten und meistbenutzten Sprachen der Welt, und die Herausgabe des Wörterbuchs sei ein Zeichen für den hohen Entwicklungsstand der chinesischen Kultur. Er hoffe, daß Wissenschaftler und Verleger weitere hervorragende Wörterbücher herausbringen würden, um dem "Aufbau der beiden Zivilisationen" (d.h. der materiellen und geistigen) zu dienen und sich der Entwicklung und dem Aufschwung der sozialistischen Kultur chinesischer Prägung zu widmen. (RMRB, GMRB, 11.5.94)

Das Wörterbuch besteht aus 12 Bänden mit 375.000 Einträgen und 50 Mio. Schriftzeichen. Es wurde in achtzehnjähriger Arbeit von 43 Universitäten, Instituten und Verlagen in Shanghai und den fünf Provinzen Shandong, Jiangsu, Anhui, Zhejiang und Fujian erstellt und wird als "Essenz der fünftausendjährigen Kultur der chinesischen Nation" gerühmt. (GMRB, ebd.; XNA, 11.5.94)

Pläne für ein solch umfassendes Wörterbuch, das mit dem *Deutschen Wörterbuch* und dem *Oxford Dictionary*

verglichen wird und sowohl die klassische als auch die moderne Sprache wiedergibt, wurden bereits Anfang der dreißiger Jahre gehegt, doch aufgrund der politischen Verhältnisse konnte die Arbeit erst Mitte der siebziger Jahre in Angriff genommen werden. Verantwortlicher Herausgeber war Luo Zhufeng, das Redaktionskomitee bestand aus 72 Wissenschaftlern, und die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter betrug fast 1000. Im Jahre 1978 wurde die Erstellung des Wörterbuches vom Staatsrat unter die staatlichen Schwerpunktprojekte eingeordnet. Die Kosten allerdings wurden nicht vom Staat, sondern von den fünf beteiligten Provinzen und der Stadt Shanghai getragen. (Vgl. dazu GMRB, 6.5.94, S.2.) -st-

*(14)

Produktion chinesischer Trägerraketen für ausländische Satelliten

China plant, im Zeitraum 1994-2000 mit eigenen Trägerraketen 30 ausländische Satelliten verschiedenen Typs in die Erdumlaufbahn zu befördern. Wie von Seiten der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik verlautete, steht für diese Zwecke eine Serie der chinesischen Trägerrakete "Langer Marsch" zur Verfügung, die mittlerweile standardisiert und in die Massenproduktion gegangen sei. Der jüngste erfolgreiche Abschluß der Trägerrakete "Langer Marsch 3a" habe bewiesen, daß diese nicht nur den eigenen Anforderungen genüge, sondern auch auf dem internationalen Markt vielfältige Dienste anbieten könne, sagte ein Sprecher der Kommission. China habe eine ganze Reihe von Verträgen über den Abschluß kommerzieller Satelliten für ausländische Kunden abgeschlossen. Um die exportorientierte Weltraumindustrie weiter zu fördern, werde China ausländisches Kapital, Technologie und Managementenerfahrung einführen. Auf diese Weise soll der Export ziviler Weltraumtechnik und -produkte angekurbelt werden. China arbeite auch an einer neuen Satellitengeneration, darunter der Kommunikationssatellit vom Typ "Dongfang hong Nr.3". Auf dem Gebiet der Forschung und Produktion von Satelliten gebe es ein Kooperationsabkommen mit Brasilien, wie China überhaupt bei der internationalen Zusammenarbeit in der Weltraumtechnik den Entwicklungsländern besondere Aufmerksamkeit widme. Außer mit Brasilien bestünden

Abkommen mit Indien, Pakistan, Argentinien, Iran und der Republik Korea. Auch mit Taiwan wolle man zusammenarbeiten, aber hier gebe es noch keine konkreten Schritte. Nach Auskunft des Sprechers investiert China pro Jahr etwa 400 Mio. Yuan in seine zivilen Weltraumprojekte; insgesamt arbeiten 100.000 Beschäftigte in der chinesischen Weltraumindustrie. (XNA, 11.5.94) -st-

*(15)

Landesweiter Ausbau des Informationssektors

China ist eigenen Angaben zufolge dabei, den Sprung in die moderne Informationsgesellschaft zu vollziehen. Auf einem kürzlich veranstalteten Symposium über das chinesische Informationswesen erklärte der Minister für Post und Telekommunikation, China werde die neuesten Entwicklungen bezüglich des Baus eines "Information Superhighway" genau beobachten und selbst ein solches Hochleistungs-Informationsnetz bauen. Der Schwerpunkt liege auf dem Bau eines Anwendungssystems für Informationen, eines landesweiten Dienstleistungsnetzes für öffentliche Daten und eines fortgeschrittenen Telekommunikationsnetzes. China wolle die Anwendung von Computern im digitalen Informationsaustausch ausweiten, den Bau von Glasfaserkabeln beschleunigen und ein vernetztes Telekommunikationssystem bauen. (XNA, 6.5.94)

Mit dem Ausbau des hochmodernen Telekommunikationsnetzes ist bereits in den achtziger Jahren begonnen worden. Insgesamt sollen auf nationaler Ebene 22 Hauptlinien mit Glasfaserkabel gebaut werden, die alle Provinzhauptstädte miteinander verbinden, ferner 20 digitale Mikrowellen-Hauptlinien sowie große und kleinere Bodenstationen für Satelliten-Telekommunikation. Das Hochleistungsnetz, das die Provinzhauptstädte miteinander verbindet, soll Anfang 1995 fertig werden. Gut die Hälfte der 22 Glasfaserkabel ist bereits in Betrieb, nämlich die Verbindungen

- Wuhan-Nanjing
- Lanzhou-Xining
- Shanghai-Nanjing
- Shanghai-Fuzhou
- Fuzhou-Guangzhou
- Beijing-Jinan-Nanjing
- Beijing-Wuhan-Guangzhou
- Guangzhou-Haikou

- Guangzhou-Nanjing
 - Zhengzhou-Xi'an
 - Xi'an-Chengdu
 - Chengdu-Kunming
- sowie ein Unterwasser-Glasfaserkabel zwischen China und Japan.

Gegenwärtig wird mit Hochdruck an den Verbindungen Beijing-Shenyang-Harbin, Nanjing-Kunming, Xuzhou-Zhengzhou und Xi'an-Lanzhou gearbeitet. (XNA, 30.4.94 u. 6.5.94) Im Juli dieses Jahres sollen 21 Provinzen und Stadtstaaten an das digitale Hochgeschwindigkeitsnetz angeschlossen werden. Der erste Bauabschnitt des landesweiten Netzes für digitalen Informationsaustausch wurde im September 1993 abgeschlossen. Gegenwärtig sind 267 größere Städte angeschlossen. Zugleich wurde mit dem Informationsaustausch mit 37 Zentren in 20 Ländern und Regionen begonnen. (XNA, 6.5.94)

Auf der Grundlage des bisher Geschaffenen und dessen, was bis zum Jahr 2000 erreicht sein wird, werden einzelne und die Gesellschaft insgesamt in die Lage versetzt, über Computerterminals und Telephon eine breite Palette von Informationen auszutauschen. Derzeit würde eine Menge neuer Dienste in der Telekommunikation angeboten, darunter auch e-mail-Systeme, die in Beijing und Shanghai bereits verwendet würden. Abrufdienste und Cityrufgeräte fänden immer breitere Verwendung, zumal im Versicherungs- und Bankensektor. Wie es heißt, seien auch elektronische Datenübertragungsanlagen für öffentliche Benutzer geplant. China selbst sieht sich als zukunftssträchtigen Markt für Informationstechnologie. Zahllose Unternehmen drängten auf den Markt. Aufgrund des gestiegenen Lebensstandards hätten immer mehr Familien Zugang zu Telephon, Computer und Fax. Mit seinen 7 Mio. Cityrufgeräten sei China schon jetzt einer der größten Märkte auf diesem Gebiet. Statistiken zufolge soll der Post- und Telekommunikationssektor der am schnellsten wachsende Sektor in China sein: 1993 betrug die Zuwachsrate 59 Prozent gegenüber dem Vorjahr. (XNA, 18.5.94; s.a. XNA, 6.5.94) -st-

*(16)

Pressewesen: Verschärfte Kontrolle

Nach der Verurteilung des Hongkonger Journalisten Xi Yang (vgl. C.a., 1994/4, Ü 10) wird in der VR China

auf eine schärfere Kontrolle ausländischer Korrespondenten und Reporter, speziell solcher aus Hongkong und Macao, gedungen. Wie die Hongkonger Zeitung *Hsin Pao* in ihrer Ausgabe vom 9.5.94 berichtet, ist kürzlich an alle zuständigen Stellen auf Provinzebene eine zentrale Instruktion ergangen, in der zu strikter Einhaltung der Bestimmungen bezüglich Reportern von außerhalb der Volksrepublik aufgerufen wird. In den Bestimmungen ist festgelegt, daß Journalisten aus Hongkong und Macao erst die Genehmigung der Xinhua-Niederlassung in Hongkong und eine Einladung der jeweiligen örtlichen Behörde haben müssen, bevor sie zum Zwecke der Berichterstattung nach China einreisen können. Wenn Reporter aus Hongkong oder Macao ohne eine solche Genehmigung aus China berichten, seien ihre Aktivitäten illegal. (Vgl. SWB, 28.5.94)

Obwohl es diese Vorschriften schon seit längerem gibt, scheinen sie in der Vergangenheit in vielen Provinzen nicht eingehalten worden zu sein. Oft waren diese nur zu gern bereit, Reporter von außerhalb des Festlands zu empfangen und ihnen beim Sammeln von Nachrichten zu helfen, weil sie auf diese Weise für das örtliche Investitionsklima werben konnten. Deshalb kümmerten sich die örtlichen Behörden zumeist nicht um offizielle Genehmigungen. Seit der Verurteilung Xi Yangs ist die Zahl der Journalisten aus Hongkong und Macao, die in die VR China kommen wollen, allerdings drastisch zurückgegangen. Viele Provinzen erhalten kaum noch Bewerbungen. (Ebd.)

In dem Bericht der *Hsin Pao* war auch die Rede von einem Boykott von seiten einiger Hongkonger Journalisten bezüglich der Berichterstattung aus der VR China. Eine Reihe von Reportern in Hongkong weigerte sich, nach China zu reisen und von dort zu berichten. Mit einer solchen Haltung, so wurden sie von Hongkonger wie auch von chinesischer Seite gewarnt, würden sie sich die Arbeit in Zukunft nur erschweren und von den chinesischen Behörden nur noch mehr Restriktionen erfahren, denn die Namen derjenigen, die den Boykottaufruf unterschrieben hätten, würden den Provinzbehörden u.U. durch die Hongkonger Xinhua-Zweigstelle mitgeteilt.

Unterdessen gehen die Bemühungen um eine stärkere Kontrolle der Medien in China selbst weiter. In diese Richtung weist die Veröffentlichung eines Handbuchs mit dem Titel "Namensliste der chinesischen Medien und Reporter". Darin aufgeführt sind die Namen von über 60.000 Journalisten von etwa 1.300 Medien. Es ist das erste Mal, daß eine solche Namensliste in China publiziert wurde. Herausgegeben wurde sie von der *Volkszeitung*. Das Buch enthält nur eine Auswahl der wichtigsten und einflußreichsten Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen und Nachrichtenagenturen; die Zahl der Zeitungen insgesamt wird mit über 2.000 und die der Rundfunk- und Fernsehstationen mit etwa 1.600 angegeben. Bei den Journalisten werden in dem Handbuch jeweils Name, Titel, Ressort bzw. Abteilung und Sachgebiet genannt, bei führenden Leuten ist ein Photo angefügt. Die Angaben sollen von den jeweiligen Personalabteilungen zur Verfügung gestellt worden sein, ohne daß die betreffenden Journalisten informiert worden waren. (XNA, 7.5.94) Die hinter der Publikation stehende Absicht mag durchaus die Schaffung größerer Transparenz beinhalten; nach Aussagen der Herausgeber soll das Buch der Intensivierung der Beziehungen zwischen Medien und Volk dienen. Zugleich aber ist die Absicht einer leichteren Kontrollmöglichkeit nicht zu verkennen. Der Vizedirektor der Staatlichen Presse- und Publikationsbehörde, Liang Heng, äußerte sich in diesem Sinne, wenn er sagte: "Die Publikation hilft uns, etwas über die Grundsituation der Medien zu wissen und die Kontrolle und Moral in den Medien zu verbessern." (Ebd.)

Allgemein macht sich im Pressewesen die derzeit sehr restriktive Praxis bezüglich Veröffentlichungsgenehmigungen bemerkbar. Gemäß der offiziellen Devise, keine Neugründungen von Zeitungen und Zeitschriften zuzulassen und statt dessen die Qualität der bestehenden Blätter anzuheben, erteilen die Behörden für das Presse- und Publikationswesen kaum noch Genehmigungen für Neugründungen. Alle Publikationen, die ohne offizielle Genehmigung, d.h. offizielle Registrierung und offiziell vergebene Publikationsnummer, erscheinen, gelten als illegal und werden verboten. So ist es jüngst vier Finanzzeitungen in Shanghai ergangen, drei Tageszeitungen mit Börsennachrichten und einem Wo-

chenblatt über Finanzwesen. Sie waren nicht offiziell registriert und daher für illegal erklärt worden (IHT, 23.5.94).

Zugleich aber wird es für neue Projekte immer schwieriger, eine offizielle Publikationsnummer zu erhalten. So steht eine zu Beginn dieses Jahres von liberalen Intellektuellen gegründete Zeitschrift mit dem Titel *Jingpin* (Elite) praktisch vor dem Ende, weil sie keine Registrierungsnummer für ihre dritte Ausgabe bekommt. Die beiden ersten Ausgaben waren mit einer zeitlich befristeten Nummer erschienen, die nun ausgelaufen ist. Zu ihren Autoren zählen u.a. der Schriftsteller und ehemalige Kulturminister Wang Meng und der liberale Wirtschaftswissenschaftler Yu Guangyuan. Der Grund für die Verweigerung der Genehmigung dürfte in der Furcht der Behörden liegen, die Zeitschrift könne liberale Ideen propagieren und damit die Dissidentenbewegung unterstützen. (SCMP, 5.5.94)

Dabei ist es längst kein Geheimnis mehr, daß die offiziellen Parteizeitungen immer weniger die Gunst der Leser auf sich ziehen. Die meisten offiziellen Blätter haben große Auflagen einbüßen zu verzeichnen, allen voran die *Volkszeitung*, deren Auflage 1993 angeblich um fast 20 Prozent sank. Um diesem Trend entgegenzuwirken, plant die *Volkszeitung* mehrere Regionalausgaben, darunter als erste eine Ostchina-Ausgabe, die vom 1. Januar 1995 an erscheinen soll. Durch die damit verbundene stärkere Berücksichtigung lokaler Nachrichten hoffen die Herausgeber wieder mehr Leser gewinnen zu können. (Ebd. u. Radio Jinan, 9.3.94, nach SWB, 15.4.94) -st-

*(17)

Steigende Scheidungsrate

Obwohl China zu den Ländern mit der niedrigsten Scheidungsrate zählt, ist die Zahl der Ehescheidungen in China in den letzten Jahren immer mehr gestiegen. Im Jahre 1993 waren 9,121 Mio. Eheschließungen zu verzeichnen; zugleich erreichte die Scheidungsziffer die Rekordmarke von 909.000, das waren 59.000 mehr als im Jahre 1991 und dreimal so viele wie 1991. Damit ist die Scheidungsrate auf 1,54 Promille angestiegen. Als Scheidungsgründe in den Städten werden die folgenden genannt:

- Einer der Ehepartner wird reich oder findet einen neuen, reicheren Partner;
- außereheliche Affären;
- Differenzen in bezug auf Hausarbeit oder Finanzen;
- Auflösung der Ehe, wenn ein Partner ins Ausland geht. (XNA, 13.5.94)

Während die relativ meisten Scheidungen in den Städten vorkommen dürften, nehmen sie auch auf dem Lande stark zu. So wird von einem Kreis in der Provinz Henan berichtet, in dem 1992 139 Ehen, 1993 bereits 217 Ehen geschieden wurden. Für die ländlichen Gebiete werden folgende Scheidungsgründe angeführt:

- Unüberlegte Heirat, ohne daß sich die Partner lange kennen; häufig ist die Frau schon vor der Ehe schwanger.
- Unter dem Einfluß traditioneller Vorstellungen wollen viele Männer einen männlichen Nachkommen haben und lassen ihre Frau im Stich, wenn sie nur Mädchen geboren hat.
- Eifersucht.
- Spieleidenschaft und Alkoholismus.
- Suche nach einer neuen Frau, insbesondere wenn der Mann zu Reichtum gelangt ist. (Vgl. RMRB, 9.4.94, S.5)
- Arrangierte Ehen, die auf dem Lande wieder verbreitet sind, führen häufig zur Scheidung (XNA, 13.5.94).

Die zitierten Meldungen fußen nicht auf einer wissenschaftlichen Analyse, dennoch zeigen sie gewisse Unterschiede hinsichtlich der Scheidungsgründe im städtischen und ländlichen Bereich. Die angeführten Gründe machen auch deutlich, daß die Ursachen für die Zunahme der Ehescheidungen in dem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel zu sehen sind, der die chinesische Gesellschaft seit Beginn der Reformpolitik erfaßt hat. Galten ehedem Scheidungen als Makel für die Familie und wurden insbesondere geschiedene Frauen gesellschaftlich diskriminiert, scheint man die Auflösung einer Ehe heute etwas unbefangener

zu sehen. Es fällt jedoch auf, daß nicht nur Phänomene einer modernen Gesellschaft, sondern auch das Wiederaufleben traditioneller Phänomene den Schritt zu einer Trennung der Ehepartner begünstigen. Zu ersteren wären zunehmend freiere Beziehungen zwischen den Geschlechtern zu zählen, die zum einen zu vorehelichem Verkehr führen, der zwar offiziell tabu ist, in der Praxis aber schon nicht mehr die Ausnahme zu sein scheint und nicht selten zu Schwangerschaften führt, die wiederum in eine ungewollte Ehe münden. Zum anderen ist die früher von jungen Frauen, zumal verheirateten Frauen geforderte strenge Zurückhaltung im Umgang mit dem anderen Geschlecht heute gelockert, und Frauen begegnen Männern vielfach mit größerer Unbefangenheit, was ggf. Anlaß zu Eifersucht geben kann. Was die traditionellen Phänomene angeht, so sind hier vor allem das Wiederaufleben arrangierter Ehen und die Hochschätzung männlicher Nachkommen zu nennen. -st-

*(18)

Eugenik-Gesetz zurückgestellt?

Aufgrund der massiven Kritik, auf die das geplante Eugenik-Gesetz (vgl. C.a., 1993/12, Ü 20) im In- und Ausland gestoßen ist, scheint die chinesische Regierung das Gesetz zunächst zurückgestellt zu haben. Dies vermutet die *South China Morning Post* in ihrer Ausgabe vom 4.5.94. Nachdem der Gesetzentwurf dem Nationalen Volkskongreß zuerst im Dezember 1993 vorgelegt worden war, ist er bislang nicht vom Ständigen Ausschuß des NVK diskutiert worden, und es soll unwahrscheinlich sein, daß er in diesem Jahr noch auf die Tagesordnung kommt. Einem NVK-Sprecher zufolge könnte dies nur der Fall sein, wenn in dem dichten Terminplan des NVK bzw. seines Ständigen Ausschusses eine Lücke entstehe. Stein des Anstoßes westlicher Kritiker an dem Gesetzentwurf war die Absicht, bei Frauen mit erblich bedingten geistigen und körperlichen Defekten Zwangssterilisationen vorzunehmen. Das Ministerium für öffentliche Gesundheit bestritt zwar jeglichen Zwang, doch soll der Gesetzentwurf daraufhin abgemildert worden sein. Nun ist keine Rede mehr von minderwertigen Geburten und Eugenik, sondern es werden die positiven Aspekte zum Schutz der Gesundheit von Mutter und Kind betont.

Kritik kommt allerdings auch aus China selbst. Dem Bericht der SCMP zufolge soll der Gesetzentwurf wegen anhaltender Kritik von seiten der Staatlichen Familienplanungskommission zurückgestellt worden sein. Auf der einen Seite ist die Kommission besorgt, daß das internationale Ansehen Chinas leiden könne, auf der anderen Seite befürchtet sie, daß das geplante Gesetz eine zu große Arbeitsbelastung für sie bedeute, ohne daß zusätzliche Mittel bewilligt würden.

Ungeachtet der Tatsache, daß das Gesetz noch nicht verabschiedet ist, wird Eugenik in ganz China von den lokalen Regierungen praktiziert. Dies ist insbesondere in armen Provinzen der Fall, wie z.B. Gansu, das 1989 ein eigenes Eugenik-Gesetz verabschiedet hat. Die unterentwickelten Provinzen handeln vielfach aus Not, weil sie nicht über die Mittel verfügen, die geistig und körperlich Behinderten angemessen zu behandeln. Im ersten Jahr nach Verabschiedung der gesetzlichen Regelung sollen in Gansu 1.000 Personen, die von Geburt an zurückgeblieben und einen IQ von weniger als 49 hatten, sterilisiert worden sein. (Ebd.)

Experten beurteilen diese Entwicklung mit Sorge. Sie hielten es für besser, wenn die Regierung das geplante Eugenik-Gesetz verabschiedete, weil die Lage für die geistig und körperlich Behinderten ohne ein solches Gesetz viel problematischer sei. Nur mit einer zentralen gesetzlichen Regelung könne verhindert werden, daß die Eugenikarbeit in den Händen schlecht ausgebildeter und rabiat vorgehender Lokalbeamten läge. (Ebd.) Die Meinung der Experten zeigt, daß das Problem nicht einseitig von einer festen Grundposition aus zu betrachten ist. -st-

Außenwirtschaft

*(19)

Außenhandelsgesetz verabschiedet

Anfang Mai wurde ein Außenhandelsgesetz verabschiedet, das zum 1. Juli d.J. in Kraft treten wird. Das Außenhandelsgesetz spezifiziert u.a. welche Bedingungen ein Unternehmen erfüllen muß, um offiziell eine Lizenz zum Außenhandel zu erhalten. (Kap. II,